

Dokument 33

Stellungnahme von Dieter Wunder zur „Prüfung der Zweigliedrigkeit als Schritt für mehr individuelle Förderung und gemeinschaftliches Lernen“ (Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie des Abgeordnetenhauses Berlin 3. 4. 2008)

Vorweg eine persönliche Bemerkung:

Ich bin Anhänger der Gesamtschule als ersetzender Schulform; ich war Leiter der Gesamtschule Hamburg-Mümmelnsberg; ich war GEW-Vorsitzender. Mein politisches Problem ist allerdings, wie das Ziel einer fördernden Schule für alle angesichts des starken Anklangs des Gymnasiums bei Eltern zu erreichen ist. Ich suche also nach heute realisierbaren Möglichkeiten einer besseren Schule.

Die Enquetekommission der Hamburger Bürgerschaft „Konsequenzen der neuen PISA-Studie für Hamburgs Schulentwicklung“ (2006/2007) wurde von GAL und SPD angeregt, von der CDU unterstützt; Absicht war u. a., einen Konsens in wichtigen schulpolitischen Fragen zu erreichen, um so ein Ende des Grabenkriegs um Schulstrukturen herbeizuführen. Ich saß in der Kommission als von der SPD-Fraktion benannter Experte und war ihr stellvertretender Vorsitzender. Meine nachfolgenden Erläuterungen enthalten subjektive Einschätzungen; ich versuche, das Kommissionsergebnis so unparteiisch wie möglich darzustellen.

Die Kommission stellte die Verlierer des Bildungssystems in den Mittelpunkt ihrer Arbeit. Ein entscheidender Aspekt dabei ist die Schulstruktur. Wer sich fragt, ob jemand auf diese oder jene Schulform gehört, der denkt an homogene Schülergruppen und vernachlässigt die Frage, wie er die einzelne Schülerin, den einzelnen Schüler fördern kann.

2007 wurden in Hamburg 51 % aller Fünftklässler an Gymnasien, 31 % an Gesamtschulen, 15% an Haupt- und Realschulen angemeldet. Die Hamburger Hauptschule kann wegen der Anhäufung von Jugendlichen mit Lernschwierigkeiten diese nicht mehr angemessen fördern; ihnen fehlt die Anregung anspruchsvolleren Lern- wie Sozialverhaltens. Die Hauptschule hat in Hamburg keine Verteidiger mehr. Haupt- und Realschule haben mit vielen „Rückläufern“ aus der jeweils ‚höheren‘ Schulform zu tun. Der starke Zuspruch zum Gymnasium erweckt daher, aber auch an sich Unbehagen. Dem mehrgliedrigen Schulsystem Hamburgs fehlt es an Transparenz. Die Förderung der Schülerinnen und Schüler ist auch aufgrund der Schulstruktur offensichtlich unzureichend.

Welche Lösungen gibt es?

A Weder die Einführung der 6jährigen Grundschule noch der ersetzenden Gesamtschule (oder Gemeinschaftsschule oder Schule für alle) erschienen der Kommission zum gegenwärtigen Zeitpunkt empfehlenswert; eine Abschaffung des Gymnasiums wäre die Voraussetzung für die allgemeine Einführung der Gesamtschule; dies würde von einem größeren Teil der Elternschaft nicht akzeptiert, sei es durch direkten politischen Widerstand oder durch Ausweichen in das Privatschulwesen; einzig die Vertreter der GAL wollten die Gesamtschule für alle ab 2010.

B Angesichts der langen Hamburger Tradition des Zusammenwirkens von Haupt und Realschule leuchtet es auch nicht ein, über deren Verbesserung die Lösung der Probleme zu erwarten; auch viele Hamburger Gesamtschulen haben Probleme mit den „Risikoschülerinnen und –schülern.“ Der starke Zustrom zum Gymnasium belastet das Gymnasium sowie Haupt- und Realschule, wie die Rückläuferzahlen beweisen.

C Die Entwicklung laufen zu lassen ist, insbesondere angesichts der desolaten Lage der Hauptschüler wie der eklatanten Benachteiligung der Unterschicht- und Migrantenkinder, nicht zu verantworten.

D Die Kommission empfiehlt, die Schulformen Gesamtschule, Real- und Hauptschule sowie weitere Schulformen der Sekundarstufe I und Sekundarstufe II (insbesondere Aufbau- und berufliche Gymnasien), ggf. auch Gymnasien, die dies wollen, zu einer neuen Schulform, der Stadtteilschule, zusammenzufassen; die Umstellung des Schulsystems soll ab 2009 flächendeckend für alle Schulen erfolgen. Nur die Minderheit von SPD und GAL wollte dabei auch die behinderten Schülerinnen und Schüler einbeziehen.

Unabhängig von den Ergebnissen der schwarz-grünen Koalitionsverhandlungen halte ich die Konzeption Stadtteilschule für zukunftsreich. Ich stelle dar, was wir in der Kommission wollten. Nur eine Stadtteilschule, die von Eltern dem Gymnasium als gleichwertig eingeschätzt wird, kann Erfolg haben; eine Abwertung der Stadtteilschule, ein Schicksal, das bisher allen Alternativen zum Gymnasium droht, kann verhindert werden, wenn die Gleichwertigkeit mit dem Gymnasium in Wirklichkeit erreicht werden kann. Die Stadtteilschule muss ein überzeugendes Programm der Förderung aller Kinder und Jugendlichen aufweisen. Nur dann wird sie ihrer heterogenen Schülerschaft gerecht, kann aber auch eine eigene Oberstufe gewährleisten.

Dem Ziel der Gleichwertigkeit und der Förderung aller dienen verschiedene Regelungen:

1. Die Stadtteilschule hat einen eigenen Weg zum Abitur, 13 statt 12 Jahre wie das Gymnasium. Sie muss gewährleisten, dass dieser Weg auch im Schulalltag wirklich vorhanden ist.
2. Gymnasium und Stadtteilschule sind zwei getrennte Schulsysteme. Nach Klasse 6 sollen ‚Umschulungen‘ nur in Ausnahmefällen möglich sein; ab Kl. 7 gibt es also das Rückläuferproblem nicht mehr. Allerdings ist es nicht ganz konsequent, wenn dem Gymnasium in Kl. 5 und 6 erlaubt bleibt, Schüler an die Stadtteilschule zu überweisen.
3. Beide Schulformen sind unterschiedlich profiliert. Das Gymnasium bietet einen straffen wissenschaftsorientierten Bildungsweg. Die Stadtteilschule hat ein breites Feld an Aufgaben: die besondere Förderung von Unterschichtkindern, vor allem Einwanderern; angewandte Naturwissenschaften sowie Arbeits- und Berufsorientierung setzen Schwerpunkte; der Wahlpflichtbereich ermöglicht die Setzung von Interessenschwerpunkten. Die Stadtteilschule muss dafür einen großen Spielraum zur inneren Gestaltung besitzen.
4. Die Stadtteilschule soll eigene Formen der Differenzierung entwickeln, um Schüler optimal zu fördern; dauerhafte äußere Formen der Differenzierung sollen zugunsten innerer zurücktreten. Individualisierte Lehr- und Lernarrangements sollen für alle Schulen gelten.
5. Die Schülerzahlen pro Klasse liegen deutlich unter denen des Gymnasiums. Die Stadtteilschule wird fachraummäßig wie das Gymnasium ausgestattet.
6. Ein Drittel der Lehrpersonen in der Sekundarstufe I sind Gymnasial- und Berufsschullehrer. Die Kommission forderte „eine gleichwertige Ausbildung aller Lehrkräfte.“ Die Leitungsstruktur aller Schulen soll sich in Zukunft ausschließlich nach der Größe richten; ihre Besoldung muss schulformunabhängig sein.
7. Die Stadtteilschule soll auf die besonderen Belange des Stadtteils zugeschnitten werden. In bestimmten Regionen mit vielen Benachteiligten wird es eine spezifische Personalausstattung, auch mit psychologischen und sozialpädagogischen Kräften, geben. Es soll dort eine enge Vernetzung aller Einrichtungen geben, die mit Kindern und Jugendlichen sowie ihren Elternhäusern zu tun haben. Viele Stadtteilschulen werden Ganztagschulen sein.

Zusammengefasst: Die Stadtteilschule hat strukturell viele Gemeinsamkeiten mit der Gesamtschule und der Gemeinschaftsschule.

Die Stadtteilschule wird gelingen, wenn Eltern, die das Abitur wollen, sie auch für ihre eigenen Kinder akzeptieren, weil sie deren Pädagogik überzeugt, und wenn die Schule Eltern die Hoffnung gibt, dass auch Kinder mit großen Lernschwierigkeiten Chancen der erfolgreichen Entwicklung erhalten. Meine Hoffnung ist, dass eines Tages die beiden Schulformen sich annähern werden; die Kommission hat auch eine Reihe Forderungen zur Veränderung des Gymnasiums erhoben. Als wichtigste Voraussetzungen des Erfolgs der Stadtteilschule nenne ich:

die politische Einhaltung der Bedingungen für das Konzept (insbes. Klassengröße, Lehrerausstattung, Lehrerfortbildung, Spielraum der Schulen),

die Bereitschaft der Lehrpersonen, eine Pädagogik der Individualisierung zu praktizieren sowie die Heterogenität der Schülerschaft als Herausforderung zu akzeptieren, die Offenheit aller Beteiligten, aus Erfahrungen schnell zu lernen.

Die Stadteilschule muss bildungspolitisch das Hauptprojekt einer Regierung sein.